

Klausur des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes in Potsdam



Am 29./30. Januar 2015 berieten die Mitglieder des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes der GdP Brandenburg die gewerkschaftspolitischen Schwerpunkte für 2015 und Folgende.

Doch vor jedem Blick nach vorn gibt es zunächst einen Blick nach hinten.

Wir haben kritisch die letzten zwölf Monate seit unserem Landesdelegiertentag ausgewertet und Bilanz gezogen. Dabei war es die Aufgabe jedes Einzelnen, entsprechend unserem Geschäftsverteilungsplan darzustellen, welche konkreten Aktivitäten eingeleitet bzw. umgesetzt wurden. Dabei sind die beschlossenen Anträge unseres Landesdelegiertentages Grundlage für die eigene Arbeit.

Kritische Selbstbetrachtung der bisher geleisteten Arbeit und die Einschätzung der politischen Rahmenbedingungen in Brandenburg bezogen auf das Ziel waren Schwerpunkte und Basis für eine offene, kritische und konstruktive Diskussion.

Eigentlich hätte die Klausurtagung noch zwei Tage längergehen

müssen. Sie hat wiederum gezeigt, wie wichtig es ist, miteinander zu sprechen. Ein Führen aus der Distanz funktioniert in der GdP genauso wenig wie in der Polizei. Internet-/Intranet-Einstellungen, Artikel in Deutsche Polizei und Flugblätter sind wichtige Hilfsmittel, ersetzen aber in keiner Phase das persönliche Gespräch.

Häufig – auch auf unserer Klausurtagung – wurden Konzepte zum Einsatz der neuen Medien diskutiert. Aber in einem Raum zu sitzen, sich die Karten zu legen, zu streiten und nach besten Lösungen zu suchen, kann auch durch neue Medien nur teilweise – wenn überhaupt – ersetzt werden.

Schwerpunkte unserer Klausurtagung waren:

Tarifverhandlungen für die Länder (TV-L)

Unsere Tarifkommission in Brandenburg hatte Tarifforderungen für 2015 beschlossen. Diese fanden eine sehr weitgehende Akzeptanz in der Mitgliedschaft. Dabei ging es nicht nur um das, was sich zwischen Daumen und Zeigefinger bewegt, sondern auch um die endgültige Beseitigung aller Unterschiede zwischen Ost und West und der Ungerechtigkeiten z. B. beim Aufsteigen der Tarifbeschäftigten in den Entgeltgruppen. Konnten wir uns mit unseren Forderungen auf Bundesebene der GdP noch durchsetzen, gab es doch einige nicht unwesentliche Korrekturen in der Großen Tarifkommission mit ver.di. Die konkreten Forderungen und wie sie zustande gekommen sind, konntet ihr in der letzten Deutschen Polizei im Bundesteil nachlesen.

Jetzt gilt es für uns zu mobilisieren. Die Tarifverhandlungen werden in Potsdam stattfinden und so sind wir als Brandenburger beson-

ders gefordert. Für Mahnwachen vor dem Verhandlungsobjekt oder ggf. eine Großdemo (alles abhängig vom Stand der Verhandlungen) müssen unsere Kolleginnen und Kollegen mobilisiert werden.

Die 3,1% Diätenerhöhung unserer Landtagsabgeordneten sind dabei ein guter Ausgangspunkt, weil sie sich nach eigenen Angaben an die Wirtschaftsdaten des Landes Brandenburg orientiert haben.

Wichtig ist es aber auch, und dazu haben wir am 17. Februar 2015 den Ministerpräsidenten, den Innenminister und den Finanzminister aufgefordert, sofort nach Abschluss der Tarifrunde zu erklären, dass das Tarifergebnis 1:1 für die Beamtinnen und Beamten des Landes übernommen wird. Wir wollen keine erneute Spaltung der Beschäftigtengruppen im öffentlichen Dienst. In der letzten Legislaturperiode war uns einmal die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses gelungen. In dieser Legislaturperiode wollen wir, dass das zum berechtigten Standard wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir als Brandenburger GdP zu Aktionen aufrufen, brauchen wir eure Unterstützung. Zeigt, dass die Brandenburger GdP eine Solidargemeinschaft und bereit ist, für unsere Forderungen auch zu kämpfen.

Heilfürsorge/Beihilfe/ Vorsorgekuren

Die sogenannten Vorsorgekuren in Rheinsberg werden von unseren Kolleginnen und Kollegen sehr gut angenommen. Allein im Jahr 2014 hatten 99 Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit, sich in der Kurklinik in Beelitz untersuchen, von und mit Fachleuten Ernährungs- und Fitnessprogramme zuschneiden zu

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

lassen und sich dabei auch einfach vom Alltagsstress aktiv zu erholen.

Dabei war es für uns ganz wichtig, in einem Gespräch vor Ort zu erfahren, dass auch in Rheinsberg Gesundheitsmanagement nicht erst bei den sogenannten Langzeitkranken beginnen kann.

Wir fühlten uns als GdP in unserer Theorie bestätigt, dass Gesundheitsmanagement bei den Gesunden beginnen muss, damit sie nicht erst krank werden. Eine Führung durch die Kurklinik zeigte uns, dass man in Rheinsberg genau für dieses Thema gut aufgestellt ist. Durch das Personal wurde uns bestätigt, dass gerade von unseren Kolleginnen und Kollegen in der Polizei das Angebot dort sehr gut angenommen wird.

Aber bisher gibt es diese Möglichkeit nur für die Kolleginnen und Kollegen, die in der Heilfürsorge sind. Ab 1996 mussten alle neuen Vollzugsbeamten, ob sie wollten oder nicht, in die Beihilfe. Und damit ist ihnen die Vorsorgekur verwehrt.

Die GdP Brandenburg fordert, dass alle Polizeibeschäftigten die Möglichkeit erhalten, eine Vorsorgekur in Anspruch zu nehmen.

Nach unseren Schätzungen und nach Rücksprache mit der Klinik wären dafür ca. 200 000 € im Jahr zusätzlich notwendig. Wenn man betrachtet, welcher Unsinn mit deutlich mehr Geld manchmal in der Polizei veranstaltet wird, ist das eine sinnvolle Investition in die Zukunft. Hierzu haben wir den Finanzminister und Innenminister angeschrieben und sie aufgefordert, diesen Kostenpunkt im Rahmen der Haushaltverhandlungen Ende Februar 2015 zu berücksichtigen.

Gleichzeitig bekräftigten wir auf unserer Klausurtagung unsere Forderung, dass es eine einmalige Wechselmöglichkeit von der Beihilfe zur Heilfürsorge geben soll. Auch Auszubildende und Studierende sollen nach Abschluss ihrer Ausbildung/ihrer Studiums die einmalige Wahlmöglichkeit zwischen Heilfürsorge und Beihilfe haben. Dazu ist es u. a. notwendig, dass diese Öffnungsklausel im Rahmen einer Änderung des Beamtenrechtes aufgenommen wird. Wir haben dieses als ein Thema des nächsten Spitzengesprächs gemäß § 130 Landesbeamtengesetz bei der Landesregierung angemeldet.

lichkeit halber muss man aber auch sagen, dass es auf der einen Seite der Erfolg eines jahrelangen Einsatzes der GdP Brandenburg ist, auf der anderen Seite aber das jetzt schnelle Zugeständnis der dienstlichen Seite nur kommt, weil man einen weiteren drastischen Personalabbau verhindern will. Man kann zusätzliche Polizisten eben nicht bei der Agentur für Arbeit anfordern.

Wir haben uns auch die Aufgabe gestellt, die Durchsetzung eines Tarifvertrages auf Bundesebene zur Alterszeit zu forcieren. Wer derzeit den Tarifkampf der IG Metall verfolgt, wird erkennen, dass die IG Metall nicht die Einführung der Altersteilzeit fordert, denn die haben sie schon, sondern dass sie fordern, die gültige Regelung zu erweitern und zu verbessern. Da wird es doch endlich Zeit, dass auch im öffentlichen Dienst das Thema wieder auf die Tagesordnung kommt.

Persönliche Anmerkung: Ich bin davon überzeugt, dass man zusätzliche Anreize schaffen muss, damit Kolleginnen und Kollegen bereit sind, freiwillig ihre Lebensarbeitszeit zu verlängern. Viele Kolleginnen und Kollegen wollen einfach den Stress und die Arbeitsbelastung hinter sich lassen bzw. haben mit der Polizei abgeschlossen.


Eine **Korrektur der gesetzlichen Regelungen zu den Pensionsaltersgrenzen** im Polizeivollzugsdienst 62/64/65 bleibt für die GdP gewerkschaftspolitisches Ziel. Die Landesregierung hat jetzt in der neuen Legislaturperiode die Möglichkeit, ihre bisherige verwirrende, nicht nachvollziehbare und bundesweit schärfste Regelung zur Anhebung der Pensionsaltersgrenzen zu korrigieren. Die mögliche freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit und der mit der bisherigen Regelung einhergehende enorme Verwaltungsaufwand sollten gewichtige Argumente sein, dass die Landesregierung in dieser Frage umdenkt.

Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit

Es zeichnet sich ab, dass wir evtl. im März 2015 eine Dienstvereinbarung mit dem Innenministerium zur freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit abschließen können. Grundlage war ein Initiativantrag der GdP, der jetzt offensichtlich kurz vor der Umsetzung steht. Es bleibt dabei, dass die Kollegin bzw. der Kollege selbst den Antrag stellt und sie bzw. er gesundheitlich geeignet sein muss. Gesundheitliche Eignung sehen wir aber nicht auf Grundlage der PDV 300, sondern gesundheitliche Eignung liegt auch vor, wenn die Kolleginnen und Kollegen die Anforderungen ihrer aktuellen dienstlichen Funktion erfüllen können. Ab 60 hat man doch das eine oder andere Wehwehchen mehr als ein 18-Jähriger. Weitere Bedingungen für diese freiwillige Verlängerung soll es nicht geben. Der Ehr-

Kritische Begleitung der Evaluierung der Polizeistrukturreform

Hier habe ich in der letzten Ausgabe Deutschen Polizei über Sinn und Unsinn dieser Evaluierung berichtet. Auch haben wir mit unseren Mitgliedern in den Arbeitsgruppen



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Brandenburg**

Geschäftsstelle:
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 7 47 32-0
Telefax (03 31) 7 47 32-99

Redaktion:
Frank Schneider (V.i.S.d.P.)
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 8 66 20 40
Telefax (03 31) 8 66 20 46
E-Mail: PHPRMI@AOL.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-278X



AKTUELLES

eine Beratung dazu durchgeführt. Die Ergebnisse sind im Internet und Intranet nachlesbar.

Auf Grundlage der politischen Vorgaben, insbesondere dass es keine neue Strukturreform gibt, werden die Ergebnisse der Evaluierung sehr überschaubar sein. Der wichtigste und entscheidendste Punkt (und für uns auch als GdP ein großer Erfolg) ist die Festlegung im Koalitionsvertrag, dass wir 2020 über mindestens 7800 Planstellen verfügen können. Jetzt hat der Innenminister im Innenausschuss aufgrund des ebenfalls von uns immer wieder angesprochenen hohen Krankenstandes weitere 300 Stellen – über die 7800 hinaus – eingefordert.

Wir würden also theoretisch 2020 wieder genau da landen, wo wir jetzt sind. Bis dahin wird es aber zwangsläufig noch einen gravierenden Personalabbau wegen Ausscheidens aus Altersgründen geben, der auch durch die freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit nur im geringen Maße kompensiert werden kann.

Diese jetzt planbaren 8100 Stellen (!/?) geben nun die Möglichkeit, den Bereichen, wo wir bereits jetzt die Belastungsgrenze erreicht bzw. überschritten haben (in welchem Bereich ist das eigentlich nicht der Fall?) mehr Stellen zuzuführen. Ein Kollege brachte in einem Gespräch mit mir die Hauptproblematik auf den Punkt. Er sagte, was nützt es mir, wenn ich derzeit acht Stellen habe, aber nur fünf besetzt sind und davon zwei krank. Uns fehlen derzeit die Leute und nicht nur die Stellen.

Die Evaluierung wird eine kritische und hoffentlich auch ehrliche Bestandsaufnahme sein. Und im Ergebnis werden auf dem Papier 8100 Stellen über diese Brandenburger Struktur neu verteilt – nicht mehr und nicht weniger.

Strukturelle Veränderungen wird es frühestens nach den nächsten Kreisgebietsreformen geben. Deren Umsetzung wird mit großer Wahrscheinlichkeit nicht in dieser und auch nicht gleich zum Anfang der nächsten Wahlperiode beginnen.

Beurteilungen/Beförderungen

Wir fordern die Umsetzung der sogenannten Verzahnungsämter auch im Bereich des Polizeivollzuges. Auch dieses werden wir im Rahmen

einer Änderung des Beamtenrechtes in Brandenburg einbringen. Bereits jetzt ist es in den nichttechnischen Verwaltungsbereichen möglich, ohne Prüfungen in ein Amt der höheren Laufbahngruppe aufzusteigen. Der Polizeivollzug wurde mit der diesbezüglichen Veränderung des Besoldungsgesetzes genau in diesem Punkt außen vor gelassen.

Wir wollen in den nächsten Monaten ein Konzept zur Funktionsbewertung erarbeiten. Dieses soll ermöglichen, dass in allen Bereichen, z. B. in der Sachbearbeitung in der Kriminalpolizei und im Wach- und Wechseldienst bis zum Erreichen der Pensionsaltersgrenze, Beförderungen bis zum mindestens Endamt der Laufbahngruppe erfolgen werden.

Offensichtlich werden wir ebenfalls noch im März mit dem Innenminister eine Personalentwicklungskonzeption unterschreiben, die nun schon fast über zwei Jahre verhandelt wurde. In dieser wird nach langem Kampf stehen, dass die Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes mit A 9 und die des gehobenen Dienstes mit A 11 die Möglichkeit haben, in Pension zu gehen. Ein Rechtsanspruch kann und konnte nicht formuliert werden. Aber eine solche Aussage/Regelung wurde uns über Jahre hinweg verwehrt. Jetzt ermöglicht diese eine Perspektive für unsere Kolleginnen und Kollegen und ist gleichzeitig eine Herausforderung für jede Führungskraft, dies in seinem Bereich auch umzusetzen.

Alles das nützt uns aber nur dann etwas, wenn diese Funktionsbewertung auch haushaltsmäßig unteretzt wird. Es stehen also die nächsten schwierigen Verhandlungen mit dem Finanzministerium bevor.

Weitere Themen unserer Klausurtagung waren die Fragen von **Gesundheitsmanagement** sowie **Arbeitsschutz** (wird in Brandenburg absolut vernachlässigt) und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Wir diskutierten die Entwicklung von Konzepten zur Findung von geeigneten Bewerbern an der Fachhochschule und zur dringenden Senkung der sogenannten Durchfallquoten. Hier werden wir mit unserer Kreisgruppe der Fachhochschule, der Jungen Gruppe und der Jugend- und Auszubildendenvertretung beraten.

Wir fordern die Umsetzung eines Lehrganges des nichttechnischen gehobenen Verwaltungsdienstes, um weiterhin in Brandenburg qualifiziertes Verwaltungspersonal auszubilden und einzustellen. Eine Ausbildung in anderen Bundesländern ist kontraproduktiv. Wer z. B. in Sachsen ausgebildet wird oder studiert und sich nach seiner Ausbildung/Studium auf dem Arbeitsmarkt umschaut, wird es kaum attraktiv finden, in den Brandenburger öffentlichen Dienst zu gehen.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Klausurtagung war auch die **personelle und finanzielle Ausstattung unseres Landesbezirkes**. Auch hier haben wir verschiedene Möglichkeiten beraten und Vor- und Nachteile gegenübergestellt. Wir werden jetzt dem Landesbezirksvorstand eine entsprechende Beschlussvorlage unterbreiten.

Diese Darstellung hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie zeigt aber, dass wir uns den Problemen stellen, zu denen der Delegiertentag Forderungen beschlossen hat. Dazu muss jeder im GLBV, aber auch in den Kreisgruppen, seine persönliche Verantwortung wahrnehmen. Keiner wurde in (s)eine Funktion gezwungen. Jeder von uns erklärte sich bereit, Verantwortung zu übernehmen. Aber nur durch Funktionäre können die o. g. Ziele nicht umgesetzt werden. Wir müssen wie bisher beweisen, dass die Brandenburger GdP eine kämpferische und solidarische Gemeinschaft ist. Und es ist dabei nicht immer die „Große Politik“, die im Mittelpunkt steht, sondern die Möglichkeit, einer Kollegin oder einem Kollegen bei individuellen Problemen zu helfen.

Andreas Schuster



Was sonst so passierte ...

Unter dieser Überschrift informiert unser Gewerkschaftssekretär Michael Peckmann in Form eines „Tagesbuches“ auszugsweise aus der Arbeit der GdP-Geschäftsstelle in Potsdam.

Januar 2015

5. Januar 2015

Das neue Jahr hat begonnen. Ich bestücke meinen Timer mit dem Kalender 2015 und erstelle einen Monatsplan für Januar 2015.

In unserer bisherigen Geschäftsstelle müssen noch Parkettarbeiten geleistet werden. Ich überbringe dem Handwerker den Büroschlüssel.

7. Januar 2015

Auf einige Nachfragen hin erstelle ich eine Information im Internet zur Besoldungsänderung ab 1. Januar 2015 für eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen. Der Familienzuschlag wurde in Brandenburg neu geregelt. Ledige sowie Beamte mit zwei und mehr Kindern erhalten de facto eine höhere Besoldung.

13. Januar 2015

Um 10 Uhr ist Übergabe der alten Büroräume an den Vermieter. Die Übergabe verläuft problemlos. Elf Jahre GdP in der Rudolf-Breitscheid-Str. 64 sind nun endgültig abgeschlossen.

16. Januar 2015

Ich habe das neue Seminarprogramm des GdP-Bildungswerkes auf unsere Internetseiten eingestellt. Dazu bereite ich eine Information auf der Homepage vor, dass das neue Seminarprogramm online ist. Diese schaltet sich jedoch erst Sonntagabend frei. Aber dennoch kommen über das Wochenende die ersten Seminaranmeldungen ins Mailpostfach. D. h., dass unsere Seiten, hier insbesondere die Seiten zum Bildungswerk, regelmäßig besucht werden.

20. Januar 2015

In der GdP-Geschäftsstelle findet eine Beratung mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den Arbeitsgruppen zur Evaluierung der Polizeistrukturreform statt. Wir erarbeiten Forderungen an den gegenwärtig laufenden Evaluierungsprozess. Im Anschluss an diese Beratung stelle ich diese Forderungen ins Internet.

23. Januar 2015

Gemeinsam mit unserem Landeskassierer Wolfgang Britt bereiten wir den Jahresabschluss Finanzen der GdP Brandenburg für 2014 vor. Auch erstellen wir einen Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2015.

26. Januar 2015

In unserer Geschäftsstelle findet ein Workshop mit unseren GdP-Disziplinarverteidigern statt.

28. Januar 2015

Wir haben um 10.30 Uhr einen Termin im Ministerium der Finanzen – Referat Besoldung und Versorgung. Gemeinsam mit dem für diese Fragen zuständigen Mitglied im Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand, Andreas Bernig, und Angelika Bresler (Seniorengruppe) beraten wir im Finanzministerium Lösungsmöglichkeiten zu einigen versorgungsrechtlichen Problemen. Beispielhaft genannt sind hier die rückwirkenden Pensionskürzungen für einige Betroffene in Höhe von bis zu 30,68 € monatlich sowie die immer noch bestehende Versorgungslücke für Beamte in Altersteilzeit (Blockmodell). Auch beraten wir auf rein fachlicher Ebene, ob und ggf. wie die neuen rentenrechtlichen Regelungen auch für die Pension/Versorgung übernommen werden können.

29./30. Januar 2015

Klausurtagung unseres Geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes. Es geht um Projekte für 2015 und deren Bearbeitung/weitere Verfolgung.

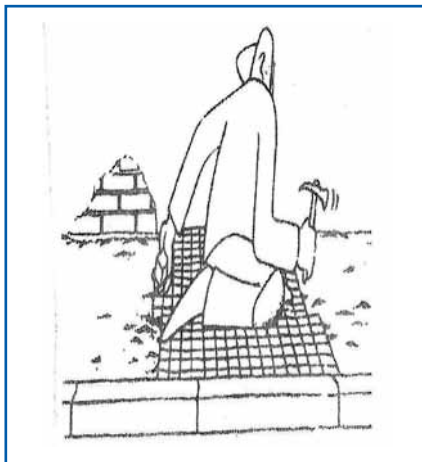
Michael Peckmann

MEINUNG

Evaluierung ist, wenn man trotzdem lacht

Kürzlich las ich einen Beitrag im Intranet der AG 4 „Verkehrsangelegenheiten“. Da standen solche sinnfreien Sätze drin wie: „Überaus positiv war an diesem Tag die Bereitschaft der Teilnehmer, sich an den einzelnen Fragen zu stellen und das Bestreben, miteinander Lösungen zu erarbeiten“. Na super, dachte ich, da können wir ja froh sein, dass sie keinen schlechten Tag erwischt haben.

Oder: „Im Ergebnis fühlen sich die Mitarbeiter in ihrer bisherigen Arbeit inhaltlich bestätigt. Empfehlungen, die darüber hinaus von den Teilnehmern des Workshops erarbeitet wurden, gilt es im Rahmen des weiteren



Prozesses zeitnah zu berücksichtigen“.

Ja, haben wir sie noch alle? Ist das die Informationspolitik unserer Polizeiführung? Was sind denn nun die Ergebnisse und Empfehlungen?

Darüber schweigt man sich natürlich aus. Wir werden mit Worthülsen abgespeist, die keiner mehr hören will. Das kann man nur noch mit (Galgen-)Humor ertragen. Und ich glaube, die nebenstehende Karikatur ist aussagekräftiger als alle Berichte und Statements, die bisher zum Thema vorliegen.

Verfasser bekannt



Top-Angebote für GdP-Mitglieder PKW-Neuwagen zu GdP Vorzugspreisen



GdP-Mitglieder erhalten
„ohne Wenn und Aber“
Hauspreise, die weit unter
den so genannten
Listenpreise liegen.



Geld sparen - mit den Angeboten der
GdP Poliservice GmbH



Katalogreisen
Sonderreisen
Autokauf

Infos, Buchungen, Bezugsscheine, Vertragsunterlagen bei GdP Poliservice GmbH

03 31 / 74 73 20 Internet: www.gdp-brandenburg.de

Mail: GdP-Brandenburg@gdp-online.de



Landespolizeiorchester in Finsterwalde

Am 31. Januar fand in der evangelischen Trinitatiskirche in Finsterwalde ein berauschendes Neujahrskonzert des Landespolizeiorchesters unter der Leitung von Christian Köhler statt. Anlass war, den Verein Niederlausitzer Museumseisenbahn e.V. für den Erhalt der noch einzigen im Land Brandenburg bestehenden ehemaligen Bahnstrecke der Reichsbahn zu unterstützen. Von 1911 bis 1945 fuhr die Bahn zwischen Finsterwalde und Luckau in der Niederlausitz. Durch eine Sprengung einer Bahnbrücke fuhr die Bahn erst wieder 1948, jedoch nur noch bis Crinitz als Nebenstrecke. Das Gleis nach Luckau wurde abgebaut, wie viele Bahnstrecken. 1969 wurde der Bahnverkehr teilweise eingestellt und 1994 vollends. Einige Eisenbahner gründeten den Niederlausitzer Museumseisenbahn-Verein. Sie kauften die Bahnanlage und erwarben Loks und Waggons, die sie erst zur Nutzung instandsetzen mussten. Das Gleiche wurde notwendig für die Bahngleise und Nebenanlage. Im Jahr 2002 konnte der öffentliche Verkehr mit einem 100-jährigen Personenwagen begonnen werden. Danach kamen weitere Waggons sowie Loks dazu. Ein Waggon wurde zu einem Salonwagen hergerichtet und heute können bis 120 Sitzplätze bereitgestellt werden. Jährlich werden unter anderem Kinder- und Schlemmerfahrten, musikalische Frühschoppen u. Ä. organisiert. Tradition sind die Fahrten zum jährlichen Töpfermarkt in Crinitz. Es ist für die Bürger unserer Region ein besonderes Erlebnis, mit Dampfantrieb zu reisen wie vor 60 Jahren. Um diese Erlebnisse weiterhin zu ermöglichen, benötigt der Verein hohe Geldsummen. Diese Finanzierung kann nur durch Sponsoren und Spenden realisiert werden.

Mit dem Neujahrskonzert des Landespolizeiorchesters wurden 1800 Euro dem Verein übergeben. Dieses Konzert in der evangelischen Kirche war ein ganz besonderes Ereignis für die Sängerstadt Finsterwalde. Dieses Konzert in seiner Ausstrahlung auf unsere Bürger war sehr berauschend. Kollege Christian Köhler hat in hervorragender Weise die einzelnen Musikstücke vorgestellt und dann noch brillanter zu Gehör gebracht, dabei



Bild: S. Richter

wurde die Musik durch die super Akustik in der Kirche zu einem Ohrenschaus. Für uns Senioren der GdP war es ein zusätzliches kulturel-

les Erlebnis. Mit diesem Konzert hat die Polizei bestimmt viele Freunde gewonnen.

Siegfried Richter

NACHRUF



Bereits im September 2014 verstarb unser Kollege Manfred Tack im Alter von 64 Jahren.

Wir werden sein Andenken bewahren.

Die Freunde der Kreisgruppe Nord

Anmerkung der Redaktion:

Leider erscheint dieser Nachruf aufgrund eines Fehlers in der Redaktion erst jetzt.

Ich bitte dafür um Entschuldigung.

Frank Schneider



MEINUNG

Leserzuschrift

Hallo, ich bin seit fast 30 Jahren Polizeibeamter und seit 24 Jahren Mitglied der Gewerkschaft der Polizei.

Der Terrorakt in Frankreich hat mich tief erschüttert, aber mich beunruhigt noch etwas anderes!

Die Gewerkschaft der Polizei trägt in ihrem Namen die Individualität einer ganz bestimmten Personengruppe der Polizei. Nun habe ich schon mehrere Kommentare unseres Bundesvorsitzenden gelesen. Im Fernsehen habe ich ihn noch nicht gesehen, obwohl er doch eher weniger medienscheu ist. Dort erscheint vorrangig der Kollege Wendt. Dies nur nebenbei, zurück zum Geschriebenen. Eigentlich ist beunruhigt nicht die richtige Bezeichnung für meinen Gemütszustand, eher enttäuscht und verwirrt.

Anstatt klare und eindeutige Worte zu finden, ist es von ihm ein Herumgerede und -geschwätz. Ich vermisse die klare Ansage, dass der Personalabbau innerhalb der gesamten Bundesrepublik nicht hinzunehmen ist. Dass die Regierungen der Länder mit der Heuchelei, alles für die Sicherheit der Menschen zu tun, eine Taktik der Volksverdummung verfolgen. Wo sind konkrete Forderungen? Wo sind weitreichende Vorschläge zur Erhöhung der inneren Sicherheit? Über die Mangelwirtschaft der Bundesländer kann man Bücher schreiben, aber von unserem Vorsitzenden höre ich solche Worte nicht. Warum nicht? Traut er sich nicht? Weiß er nicht, was los ist auf den Straßen und in den Polizeidienststellen? Auch wenn ich aus Brandenburg komme, also ein neues

Bundesland (nach 25 Jahren deutsche Einheit ein peinlicher Begriff), bin ich doch in der Lage zu erkennen, dass bei diesem Verhalten bei unseren Mitgliedern der Frust wächst. Das sollte uns allen zu denken geben. Ohne unsere Mitglieder, ohne eine klare Aussage sind wir nicht stark, sondern lächerlich. Erst recht ein Bundesvorsitzender sollte überlegen, warum wir in der Gewerkschaft sind, woher er kommt und weshalb er ist, was er ist. Ich könnte diese Seite noch weiterfüllen, würde aber ebenfalls nur im Phrasen dreschen enden. Das machen schon andere genügend.

In der Hoffnung, dass diese Worte nicht im Schredder enden.

**Andreas Schreiber,
GdP-Mitglied
und stolz darauf**

BEI ANDEREN GELESEN

Und hier mal was zum Schmunzeln

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier mal ein kleiner Einblick, womit sich Gerichte gelegentlich zu beschäftigen haben.

(Danke an Karl für die Zusendung dieser Meldung)

Posttraumatische Belastungsstörung durch Lesen eines Schreibens der Personalakte ist kein Dienstunfall

Schreiben mit nur allgemeiner Einschätzung ohne beleidigenden Inhalt ist nicht dazu geeignet, psychische Erkrankung hervorzurufen.

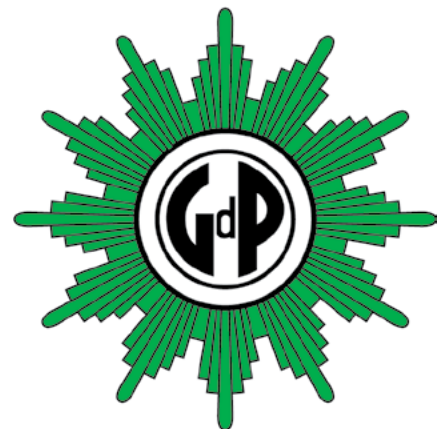
Das Verwaltungsgericht Aachen hat entschieden, dass ein Beamter, der nach dem Lesen eines Schreibens in seiner Personalakte so bestürzt war, dass er sich in psychiatrische Behandlung begeben musste, keinen Dienstunfall erlitten hat. Im zugrunde liegenden Fall hatte ein Beamter geltend gemacht, dass er nach Lesen eines Schreibens des örtlichen Personalrats, das sich in seiner Personalakte befunden habe, so bestürzt ge-

wesen sei, dass er sich in psychiatrische Behandlung begeben habe. Sein Psychiater habe unter anderem eine posttraumatische Belastungsstörung diagnostiziert. In dem Schreiben, das an die vorgesetzte Dienststelle gerichtet war, hatte der Personalrat seine Einschätzung dargelegt, dass Quereinsteiger – hierzu zählt auch der Kläger – nicht zur Motivation der Kollegen beitragen, die bereits seit Jahren in dem fraglichen Bereich gute Arbeit leisten und auf ihre Beförderung warten.

Kläger wurde bereits zuvor über Existenz und Inhalt des Schreibens informiert

Das Verwaltungsgericht Aachen wies die Klage ab und führte zur Begründung aus, dass eine Verärgerung des Klägers zwar nachvollziehbar sei. Das Schreiben aber nur eine allgemeine Einschätzung enthalte und keinen beleidigenden Inhalt habe. Es sei daher evident nicht dazu geeignet

gewesen, eine psychische Erkrankung hervorzurufen. Außerdem sei der Kläger bereits vorher über Existenz und Inhalt des Schreibens informiert worden. Ein schockartiges Erleben durch das eigene Lesen – wie vom Kläger geltend gemacht – sei schon wegen dieser Vorwarnung ausgeschlossen.



Familien- und Gesundheitstag



Die GdP-Kreisgruppe der PD Ost lädt alle Mitglieder mit ihren Familien zum 5. Sport- und Gesundheitstag ins Fit- & Fun Sport- und Gesundheitspark Eberswalde, Coppistraße, recht herzlich ein.

Wann?

Samstag, 14. März 2015, 10.00 bis 15.00 Uhr

Genutzt werden können die verschiedensten Sportgeräte und -anlagen, wie z. B.

- Bowling- oder Kegelbahn
- Squash/Badminton
- Aroha
- Tischtennis, Sauna und vieles mehr.
- Von 11.- 12.00 Uhr sowie 13. - 14.00 Uhr ist Zumba angesagt (jeweils 10 Plätze).
- Des Weiteren wartet der neue Gesundheitssportbereich mit vielen Angeboten auf euch (z. B. Milon-Krafttraining, Cardio Scan).

Ganz wichtig für unseren Gewerkschaftsnachwuchs:

Im Fitolino - der megastarken Indoor-Kinderspielwelt - könnt ihr nach Herzenslust auf über 2000 Quadratmetern toben, spielen, entdecken, klettern, krabbeln, hüpfen und und und...

Für GdP Mitglieder der KG PD Ost und einen Angehörigen wird ein Unkostenbeitrag von 3,00 Euro erhoben.

(Schuhe, Schläger und Bälle inklusive).

Kollegen und/oder Freunde, die noch nicht bei uns organisiert sind, zahlen pro Erwachsenen 10 Euro.

KINDER HABEN FREIEN EINTRITT!

Kostenfreie Parkplätze befinden sich vor dem Fit & Fun.

Nähere Informationen zum Fit & Fun findet ihr unter: www.fitundfun-eberswalde.de

Wir freuen uns auf eine zahlreiche Teilnahme an diesem Sport-Spaß-Tag.

Bitte bis **05. März 2015** Eintrittskarten verbindlich bestellen unter gdpdost@gmx.de oder direkt per Mail über Silke Fenzlein, Reiner Rätzel oder Frank Templin.



Der Vorstand

